

unweganglichem Bruch bedeuten.

Generaloberst v. Boroevick.

Das Telegramm wurde vom ganzen Hause mit lebhaftem Beifall und Handelsklatschen aufgenommen. Der Präsident teilt ferner mit: Da die Verhandlungen mit den Parteien über die dritte Lesung des in Verhandlung stehenden Gegenstandes noch nicht beendet sind, unterbreche ich die Sitzung neuerlich und werde sie um 7 Uhr abends wieder aufnehmen.

Die Verhandlungen über die dritte Lesung des in Verhandlung stehenden Gegenstandes sind noch nicht beendet. Der Präsident teilt ferner mit: Da die Verhandlungen mit den Parteien über die dritte Lesung des in Verhandlung stehenden Gegenstandes noch nicht beendet sind, unterbreche ich die Sitzung neuerlich und werde sie um 7 Uhr abends wieder aufnehmen.

unbrauchbare Anwendung von Warenbezeichnungen an die Volkswirtschaftliche Kommission, wird die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen werden.

zur Neuordnung der österreichischen Verfassung und Verwaltung.

— Ein Referat über Streitpunkte und Reformvorschläge. —
Von Dr. Alfred v. Verdross (Wien).

Die von den Professoren Bernagil, Saffarz, Sammasch und Renzel herausgegebene und von Professor Hans Kelsen redigierete Oesterreichische Zeitschrift für öffentliches Recht (Verlag Manz, Wien) hat in einem, den Titel „Landerautonomie“ tragenden Sonderhefte (1916) eine Reihe von Gutachten österreichischer Hochschullehrer des Staats- und Verwaltungsrechts über die Frage der anzustrebenden Reformen in der Stellung der Kronländer im Gefüge der österreichischen Verfassung zum Abdruck gebracht. Die Redaktion der Zeitschrift hielt die Zeit für gekommen, um diesen Gegenstand, der heute im Mittelpunkt der parteiprogrammatischen Gegensätze steht, auch einer ruhigen wissenschaftlichen Beleuchtung zu unterziehen, und ist daher an die Männer der Wissenschaft mit dem Ersuchen herangetreten, vom Ratgeber aus zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Dieser Schritt verdient entschiedene Zustimmung. Denn es ist Pflicht aller vaterländisch Gesinnten am großen Werke der Erneuerung und machtvollen Gestaltung des Staates mitzuwirken. Dazu ist aber vor allem nötig, daß dem staatsrechtlichen Problem theoretisch vorgearbeitet werde. Die Redaktion legt das Schergewicht auf die kritische Würdigung der bisherigen Wirksamkeit der Länder und stellte zur Frage: ob die Autonomie der Länder als historischer Individualitäten fort- oder rückgebildet, oder ob sie gänglich beseitigt werden und welche Aenderung der Organisation vorgeschlagen werden soll. Das Problem ist von den Gutachtern historisch, juristisch, dogmatisch und rechtspolitisch untersucht worden. Aufgabe dieser Ausführungen kann es nun weder sein, zum ausgeworfenen Problem selbst Stellung zu nehmen, noch auch in die Einzelheiten der Gutachten einzugehen, es können nur die Zeitgedanken berichtend vorgeführt und die wichtigsten Gegensatlichkeiten hervorgehoben werden.

I. Die gesetzgebende Gewalt in Staat und Land.

Bevor zur Darlegung der Reformvorschläge geschritten wird, ist es unerlässlich, zur Orientierung voreerst die geltende österreichische Staatsordnung im Umrie vorzuführen. Denn kaum anderswo sonst wird sich ein staatsrechtliches Problem ähnlicher Verwickeltheit vorfinden lassen. Wir folgen in dieser Richtung dem Gutachten von Herrnritzi, der unsere Frage an die Spitze seiner Untersuchung stellt: Oesterreich ist insofern nicht ein Einheitsstaat, als die oberste Gewalt zweierlei Träger hat: einerseits den Staat, andererseits die Länder. Staat und Land sind zwei oberste, koordinierte, von der Reichsverfassung unmittelbar berufene Autoritäten. Die Länder sind nicht dem Staate untergeordnet, staatliches Recht bricht nicht Landesrecht, Staatswille und Landeswille brechen sich vielmehr gegenseitig. Denn daraus, daß die Reichsverfassung beide beruft, ohne ihr gegenseitiges Verhältnis zu bestimmen, folgt, daß beide mit gleicher Autorität ausgestattet sind. Im Falle eines Widerspruchs zwischen Staatsgesetz und Landesgesetz kann daher nur der zuletzt erschienenen Norm Geltung zugesprochen werden. Es findet also eine gegenseitige Derogierung zwischen Landesgesetz und Staatsgesetz statt. Diese eigentümliche Organisation des Staates erklärt sich geschichtlich daraus, daß das heutige Oesterreich aus der allmähligen Vereinigung von einst selbständigen Staaten bildenden Ländern in der Hand einer Dynastie entstand. Wenn nämlich